

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Januar 1976

# Evangelische Verantwortung

Heft 1/1976

## Zur Frage der geistigen und welt- anschaulichen Grundlagen der CDU

Rudolf Mädrich

Mehr denn je wird die CDU im Hinblick auf die Wahlentscheidung dieses Jahres in den nächsten Monaten politisch gefordert werden. Sie kann diese Herausforderung jedoch nur dann erfolgreich bestehen, wenn sie in der geistigen Auseinandersetzung mit dem politisch Andersdenkenden verpflichtende Werte überzeugend darstellt.

Der Autor des folgenden Artikels – Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages – kommt zu dem Schluß, daß dem politisch Verantwortlichen die nötige Kraft aus seinem Grundvertrauen in die letzte Geborgenheit des Seins erwachsen muß.

Wenn der CDU von politischen Gegnern und auch von Freunden gelegentlich ein „Mangel an Theorie“ vorgeworfen worden ist, so ist dieser Vorwurf durchaus ernst zu nehmen. Für andere politische Gruppierungen war es nie zweifelhaft, daß um die Macht auch auf ideologischem Gebiet gekämpft werden muß, und daß in jedes weltanschaulich-moralische Vakuum geistige Gegenkräfte eindringen. Es ist manchmal – vielleicht nicht zu Unrecht – der Eindruck entstanden, daß die CDU in den letzten Jahren ihrer Regierungsverantwortung im wesentlichen pragmatische Politik gemacht und die geistig-theoretische Führung im politischen Raum der SPD überlassen hat. Wenn die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt im Januar 1972 unter diesem Aspekt überprüft und mit der Antwort des damaligen Oppositionsführers verglichen wird, kann dieser Eindruck eher bestätigt als entkräftet wer-

den. Es war auffällig, daß die CDU den aus der angelsächsischen Welt übernommenen Begriff der „Lebensqualität“ weitestgehend der SPD als Stütze ihrer politischen Gesamtschau überlassen hat. Zu dieser neuen Formel, die manchmal wie ein Zauberwort verwandt

## Aus dem Inhalt

Zur Frage der geistigen und weltanschaulichen Grundlagen der CDU	1
Auftrag und Grenzen der Bildungsarbeit mit Behinderten im CJD	5
Christopher Dannemann	
Kurz notiert	8
Europa darf nicht atheistisch werden	9
Joachim Konrad	
EKD-Synode tagte in Freiburg	11

## In Glaube und Freiheit verpflichtet – 20. EAK-Bundestagung 5.–7. März 1976 Stuttgart, Liederhalle

wurde, wäre vom Standpunkt einer aus christlicher Auffassung fundierten Politik mehr zu sagen gewesen als das vereinzelt geschehen ist. Jede Diskussion über eine theoretische Grundlegung der Politik der CDU wird von der Voraussetzung ausgehen müssen, daß es für die Union keine grundlegende Theorie

geben kann wie der Marxismus für Sozialisten.

Es ist auch richtig und zu unterstreichen, daß das „C“ durch ein Grundsatzprogramm nicht zu ersetzen ist. Gleichwohl kann es kaum zweifelhaft sein, daß fundamentale Grundaussagen des christlichen Glaubens wesentliche Bedeutung für politische Theorie und Praxis der CDU haben sollten. Daß diese Grundaussagen heute nicht mehr unbedenklich aus kirchlicher Tradition sondern eher aus der Substanz christlich-biblischer Überlieferung gewonnen werden müssen, ist eine andere Frage. Da der Verschleiß marxistischer Ideen immer deutlicher wird, besteht vor allem auch im Interesse der Vorstellung und Glaubhaftmachung der politischen Welt der Union der jungen Generation gegenüber eine besondere Notwendigkeit, nach geistigen und weltanschaulichen Grundlagen zu fragen.

**Bedrohung durch das Kollektiv**

Wenn es richtig ist, daß die drei Artikel des Glaubens die christlich-biblische Überlieferung in ihrer Grundsubstanz erfaßt haben – davon ist nach wie vor auszugehen – dann bietet sich bei diesen Überlegungen eine Anlehnung an diese drei Glaubensartikel an. Es sollte daher bei aller Vorläufigkeit, Begrenztheit und Lückenhaftigkeit der Aussagemöglichkeiten der Versuch gemacht werden, Grundpositionen des christlichen Glaubens zu umreißen, die politisches Verhalten beeinflussen und befruchten können.

Christlicher Glaube bezeugt, daß der Mensch als Person geschaffen ist und erhalten wird (vgl. Jesaja 43 V. 1). Daraus ergibt sich sein Wert, daraus folgt seine Würde, die ihm vor jeder Leistung und Gesinnung vorgegeben ist. Alle Menschen sind vor Gott gleich wert ge-

achtet trotz aller Verschiedenheit der Veranlagungen und Möglichkeiten. Daher muß jedem Gerechtigkeit zuteil werden, er muß seine Chance erhalten und ein menschenwürdiges Leben führen können. Die völlige Gleichstellung aller Menschen kann nicht erwartet und erzielt werden.

Als Person trägt der Mensch Verantwortung vor seinem Schöpfer für sich selbst, für den Mitmenschen und für die ganze Schöpfung. Obwohl die Welt zur Zukunft hin offen ist, stößt der Mensch in der Erfahrung der Grenzen seiner Möglichkeiten auf die Ambivalenz jeder fortschreitenden Entwicklung. Seine Haushalterschaft auf Zeit wird ihm bewußt.

Der als Person gerufene Mensch weiß sich von seinem Ursprung her gehalten und immer neu zu seiner Aufgabe begabt. Er fühlt sich nicht allein; er hat ein Grundvertrauen zur Sinnhaftigkeit menschlichen Geistes und zum Gang der Geschichte.

Christlicher Glaube bezeugt, daß der Mensch und diese Welt ein Ziel haben; er bezeugt die „Gewißheit, daß Gott bereits der Schöpfer und der verborgene Herr dieser widersprüchlichen Welt ist, und daß er in der Zukunft sein Wort einlösen wird“ (Hans Küng). Diese Zukunft darf „Ihm“ überlassen werden.

Die Gefährdungen und Anfechtungen der Gegenwart bedrohen das Person-Sein des Menschen vielfältig. Diese Bedrohung zeigt sich sowohl in der Umarmung durch das Kollektiv als auch in der Mißachtung der innerhalb der Schöpfung gestellten Aufgaben, die die Ich-Isolierung herbeiführt. Der Verlust und die Verweigerung des Person-Seins entwürdigen den Menschen bis zur Sache; sie liefern ihm der Lenkung einer von Computern beherrschten Zukunft aus.

**Christen widersprechen Illusionen**

Christlicher Glaube bezeugt die Begrenztheit, Unvollkommenheit und Unzulänglichkeit des Menschen, seine Bedürftigkeit und sein Geworfensein auf die Gnade (vgl. Psalm 130, V. 7; Römer 5, V. 20). Er bezeugt die Realität des Leids und des Leidens, die unter dem Zeichen des Kreuzes zu sehen ist.

„Gott ist das, was Grenzen setzt“ (Simon Weil). Der Mensch hat keine Totalität. „Der heutige Mensch... ist sich kaum bewußt, wie sehr er selber der ‚Erlösung‘ bedarf“ (Milan Machoveč). Seine Erlösungsbedürftigkeit ist Teil der Erlösungsbedürftigkeit des ganzen Kosmos.

Christlicher Glaube mißtraut allen Parolen von der angeborenen Güte des Menschen. Der Christ ist der Erfahrung des Bösen ausgesetzt; er weist den Herrschaftsanspruch des sich selbst erlösenden Menschen in seine Schranken. Die mißlungenen Versuche der Weltverbesserung führen auf die Unzulänglichkeit des Menschen zurück.

Die angebotene Gnade bewirkt, daß der Mensch alle Bemühungen zur Selbstrechtfertigung aufgeben kann. Darum werden ihn auch Enttäuschungen über sich selbst und über andere nicht zur Resignation treiben. Er betrachtet sich und die Welt nüchtern. „Der einzelne findet erst zu sich selbst, wenn er sich zu seiner Schwäche und Ohnmacht bekannt hat“ (Paul Schütz). „Menschen, die an die Kraft und Realität der Vergebung glauben, haben ein anderes, ein produktiveres Verhältnis zur Geschichte und zu den politischen Möglichkeiten“ (Eugen Gerstenmaier). Die christliche Botschaft bezeugt „die Transzendenz der Gnade als die letzte Dimension des Menschseins“ (Milie Lochmann).

Der Mensch der Gegenwart wird entscheidend durch die eigene Hybris gefährdet, die aus dem totalen Glauben an seine Autonomie erwächst, aus der fehlenden Einsicht, daß es im menschlichen Leben – auch im politischen Bereich – etwas gibt, „das wir nicht machen, in dem wir vielmehr gemacht werden“ (Paul Schütz). Der Christ widerspricht der Illusion einer Gesellschaft, in der menschliche Unzulänglichkeit beseitigt und menschliche Mängel abgeschafft sind.

**Zur Freiheit berufen**

Christlicher Glaube bezeugt, daß der Mensch aus der Kraft der Vergebung zur Freiheit berufen ist (Galater 5, V. 15). Er soll frei sein von der Gebundenheit an das

eigene Ich und damit auch von der Bindung an jede selbstgefertigte Moral; er soll erfahren, daß man zutiefst nicht aus sich selbst, sondern „von woanders her“ lebt und daraus Kraft, Geborgenheit und Trost gewinnt. So kommt er zur Befreiung von Angst und Ängsten und erkennt die Möglichkeit, eine neue Existenz zu ergreifen.

Die Befreiung vom eigenen Ich führt weg von der Vereinzelung und zum Engagement für den Mitmenschen, sie hilft Einflüsse und Zwänge der Umwelt zu bestehen und zur Offenheit gegenüber Welt und Zukunft zu gelangen. Christliche Freiheit bleibt trotz allem Wagnis. „Das Wagnis ist die Grundstruktur unseres Lebens und Handelns“ (D. Dr. Hans Lilje). Freiheit braucht „Mut, der den geschützten Bereich verläßt und ins Offene geht“ (Romano Guardini); die Stütze des geschlossenen Systems ist ihr versagt. Auf dem Weg in die Zukunft verkennt christliche Freiheit den Menschen nicht in seiner geschichtlichen Wirklichkeit; sie bedient sich der Tradition, um Erneuerung zu vollziehen, sie hält fest, um verwandeln zu können.

Der zur Freiheit berufene Mensch bewahrt sich eine „letzte innere Distanz zu den Dingen dieser Welt – auch in der Politik“ (Eugen Gerstenmaier), die ihr Gelassenheit zu geben vermag; er überschätzt weder seine eigene Person noch seine Möglichkeiten.

Der aus der Kraft der Vergebung zur Freiheit berufene Mensch darf hoffen. Für ihn sind Schuld und Tod nicht das Letzte. Er erwartet das Kommen des Reiches Gottes. Dafür betet er nicht nur, sondern nimmt die ihm von Gott gegebenen Möglichkeiten wahr.

Die Gefährdungen und Anfechtungen der Gegenwart versagen dem Menschen häufig den Weg in die für ihn mögliche Freiheit. Er bleibt an sich selbst gebunden, seine Gedanken kreisen um die Sicherung und Wohlfahrt der eigenen Person. Damit wird er mehr und mehr verunsichert und der

Angst ausgeliefert. Der verstellte Blick auf den Mitmenschen und die Welt zeigt sich im Verlust von Toleranz, Barmherzigkeit und Geduld.

Mit den vorstehenden knappen Äußerungen können nur Grundpositionen des christlichen Glaubens angedeutet werden. Es handelt sich dabei selbstverständlich nicht um dogmatische Feststellungen, sondern um die Kennzeichnung einiger Erkenntnis- und Erfahrungshorizonte. Die christlich-biblische Sicht menschlichen Seins zeigt die Umrisse eines Menschenbildes, das bei allen politischen Gestaltungsversuchen nicht außer acht bleiben kann. Das was ist, die *conditio humana*, ist die Basis jeder Politik. Sie muß von einem empirischen, nicht einem spekulativen Menschenbild ausgehen. Aus den anthropologischen Grundsatzfragen und -antworten ergeben sich für die CDU die Entscheidungen und Abgrenzungen sowohl gegenüber dem aufklärerischen Liberalismus als auch gegenüber dem Marxismus. Diese beiden weltanschaulichen Ausrichtungen, die im Grunde die gleiche geistige Wurzel haben (vgl. Wolfgang Brezinka „Erziehung und Kulturrevolution“ S. 106 ff.), argumentieren mit Vorliebe an dem realen Menschen vorbei. „Die Frage nach dem, was im Menschen von Natur her begrenzt ist, wird nicht gestellt“ (Kolakowski).

In den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik auf mancherlei Gebieten sog. Reformpolitik aus den Grundpositionen eines aufklärerischen Liberalismus und eines utopischen Marxismus – beide oft gut vermischt – versucht und betrieben worden. Notwendige weltanschauliche Unterscheidungen gegenüber der Gesamtorientierung der CDU werden heute vielfach sichtbar; sie sollten an einigen Punkten aufgezeigt werden:

#### Fragen nach der Gesamtorientierung

1. Entgegen allem aufklärerischen Optimismus, der im Zusammenhang mit der Marx-Renaissance im vergangenen Jahrzehnt in den Vordergrund treten konnte, hat sich erneut herausgestellt, daß der Mensch nur sehr begrenzt veränderungsfähig ist. „Daß der anti-

autoritären Bewegung der Atem und die Schwungkraft des Anfangs ausgegangen sind, hängt auch damit zusammen, daß die Menschen sich als noch schwerer änderbar gezeigt haben denn die Institutionen“; „der neue Mensch, auf den man hoffte, und der sich mit dem Übergang zum Sozialismus entwickeln sollte, ist nicht erschienen“ (Beide Zitate von Wolf Lepenies in Ev. Komm. 2/75). „Wenn sich die menschliche Natur überhaupt ändert, dann doch auch nicht um vieles schneller als das geologische Antlitz der Erde“ (Solschenizyn, Arch. Gulag I, S. 528). Der amerikanische Religionssoziologe Andrew Greeley führt in seinem 1972 erschienen Buch „Unsecular Man“ sehr vorsichtig aus, der Mensch habe sich nicht so wesentlich verändert, daß man guten Gewissens sagen könne, er sei „mündig“ geworden.

2. Aus der geringen Veränderungsfähigkeit des Menschen folgt zwingend die Mühseligkeit und Zähflüssigkeit einer positiven Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese Grundeinsicht hat mit dazu geführt, daß die insbesondere von der jungen Generation im letzten Jahrzehnt artikulierte exzessive Kritik, die notwendigerweise Gegenkritik herausfordert, jetzt zurückgetreten ist. Man lernt verstehen, daß es Erscheinungen im menschlichen und gesellschaftlichen Leben gibt, die zunächst einmal hinzunehmen sind, ohne daß damit das Engagement für Veränderung aufgegeben werden müßte. Man lernt den „Fortschritt“ am Maßstab seiner Nachteile und Schäden messen.

3. Es ist wieder stärker ins Bewußtsein gerückt, daß sich die aufklärerische Grundannahme der Gleichheit aller Menschen von Geburt und ihrer Differenzierung durch Umwelt und Erziehung weder wissenschaftlich begründen noch aus der Erfahrung rechtfertigen läßt. Heftige pädagogische und politische Gefühlsaufwallungen von seiten derer, die an der Gleichheit von Geburt festhalten wollen, sind eher Rückzugsgefechte und beweisen, daß ihre Position unhaltbar wird. Nach wie vor ist jedoch eine seltsame Scheu zu beobachten, diese Dinge in aller Offenheit auszusprechen.

4. Der Glaube an die angeborene Güte des Menschen tritt wie-

der hinter die Erkenntnis und Erfahrung seiner Unzulänglichkeit und Mangelhaftigkeit zurück. Die naive marxistische Auffassung, daß nur die Gesellschaft verändert werden müsse, damit der Mensch so werde, wie er eigentlich sei, nämlich gut, ist unglaubwürdig geworden. Eine besondere Sensibilität gegenüber dieser marxistischen Utopie hat sich insbesondere bei Menschen entwickelt, die sich im marxistischen Gedankengut erregen und im Laufe ihrer fortschreitenden inneren Entwicklung an die Grenzen und das Unvermögen des marxistischen Welt- und Menschenverständnisses gestoßen sind. Hier seien beispielhaft genannt: die Philosophen Leszak Kolakewski und Vitezlav Gardavsky, die Schriftsteller Mihajlo Mikajlev, Wladimir Maximow, Andrej Sinjewskij und Alexander Solschenizyn. Die vielfältigen Aussagen dieser Männer, deren Gewicht nach ihren Lebenserfahrungen von herausragender Bedeutung ist, sollten in der geistig-politischen Auseinandersetzung einen hohen Stellenwert erhalten. Sie haben erkannt und erfahren, daß kein politisches System jenseits menschlicher Schwäche und Unvollkommenheit angesiedelt werden kann. Auch der politische Alltag in unserem Land gibt die vielfältige Bestätigung für die Feststellung Solschenizyns „Schwach ist der Mensch, schwach“. Wenn Milovan Djilas in „Christ und Welt“ vom 31. Oktober 1969 ausgeführt hat: „... keine Revolution hat je die Natur des Menschen oder den Charakter einer Nation verändert“, so ist damit die anthropologische Situation zutreffend gekennzeichnet. Sigmund Freud hat den großen Optimisten schon vorgehalten: „Die Kindlein hören es nicht gerne, wenn die angeborene Neigung des Menschen zum ‚Bösen‘, zur Aggression, Destruktion und damit auch zur Grausamkeit erwähnt wird“.

5. Auch der Glaube an die Herrschaft und den Erfolg der Vernunft hat Rückschläge erlitten und ist Erschütterungen ausgesetzt worden. Wenn man der aufgeklärten Vernunft in ihrer Anwendung zwangsläufige Fortschritte bei der Verwirklichung und Entwicklung menschlicher Werte zugetraut hatte, so sah man sich enttäuscht. Auch alle radikal-demokratischen Theorien, wonach die politische Vernunft in der „Basis“ ihren Ursprung findet,

müßten sich „erhebliche Erschütterungen gefallen lassen“ (vergl. Eberhard Stammler in Ev. Komm. 1/75, S. 5). Die Einsicht in die Grenzen „vernünftigen“ Handelns erfordert fortgesetzt Korrekturen, die verhindern müssen, daß menschliche Möglichkeiten überschätzt, der einzelne überfordert und zur Resignation gezwungen wird. Durch den rechten Gebrauch der Vernunft sind ihre Grenzen erneut aufzuzeigen. Irrationale Gegebenheiten der menschlichen Natur – wo immer sie auch auftreten wie etwa in der charakterlichen Veranlagung von Politikern – lassen sich nicht wegreden und fordern ihre Beachtung im politischen Geschäft.

6. Daß der Mensch sein vollkommene Glück nicht schaffen kann, wird ihm wieder klarer. Er erkennt als Illusion, daß man alles wegräumen könne, was dem totalen Glück im Wege steht. Unverrückbare Fakten der menschlichen Natur und seine Eigenschaften sind mit einem umfassenden System des Glücks nicht in Übereinstimmung zu bringen. Die „Qualität des Lebens“ hat ihre Grenzen. Bei aller Betonung seines materiellen und physischen Wohls wird die Aufmerksamkeit immer wieder auf den Menschen in seiner Gesamtheit gerichtet werden müssen, d. h. auf sein Heil als Person. Mit der „Daseinsvorsorge“ allein ist es nicht getan.

7. Die nicht mehr bestrittene allgemeine „Tendenzwende“ (vgl. Rolf Zundel in „Die Zeit“ vom 13. Dezember 1974) findet weitgehend ihre Erklärung in der inzwischen erkannten Überspannung menschlicher Möglichkeiten und Zielvorstellungen. Das zeigt sich deutlich an dem Stellenwert solcher Begriffe wie „Demokratisierung“, „Emanzipation“ und „Reform“, von denen – so Zundel – „heute kein einziger mehr unbeschädigt“ ist. Der erneute Generalangriff des Geistes der Aufklärung, der wesentliche Grundbedingungen des Menschseins außer acht ließ, konnte nur kurzfristig erfolgreich sein. „Die christliche Einsicht in die Hinfälligkeit der menschlichen Natur (vgl. M. Greiffenhagen in Ev. Komm. 75 S. 213) ist keineswegs einer allgemein konservativen Geisteshaltung zuzurechnen sondern der Offenheit für die *conditio humana*. Wer den Menschen sieht, wie er ist und politisch danach handelt, braucht sich

nicht deshalb das Etikett des Konservativen umhängen zu lassen. Nur von der nüchternen Sicht der Gegebenheiten aus können die Möglichkeiten fortschreitender Entwicklung geprüft und abgesteckt werden. Fortschrittliches Denken muß sich die Begrenzung durch Skepsis im ursprünglichen Wortsinne von „sich umsehen“, „genau nachsehen“, „untersuchen“ gefallen lassen (vgl. M. Greiffenhagen in Ev. Komm. 75, S. 212).

8. Die allgemeine Verunsicherung – ein Kennzeichen der Gegenwart – hat bei aller Bedeutung wirtschaftlicher Gegebenheiten auch ihre Ursache im Bewußtsein und in der Erfahrung menschlicher Instabilität. Die im politischen Raum tätigen Menschen sind davon nicht ausgenommen. Es kann jedoch nicht zweifelhaft sein, daß wesentliche Grundlage für verantwortliches, ausgewogenes und fruchtbares politisches Handeln eine stabilisierte Lebenshaltung ist. Hektik, Nervosität und Gereiztheit, die alle Entscheidungen ungünstig beeinflussen, sind nur dann auf das normale Maß reduzierbar, wenn dem politisch Verantwortlichen Kraft aus seinem Grundvertrauen in die letzte Geborgenheit des Seins erwächst. Nur so wird er auch in der Lage sein, eine Sphäre des Vertrauens um sich zu schaffen, die dem politisch Geführten das Bewußtsein vermitteln mag, daß seine Sache in guten Händen liegt.

Anneliese Poppinga kann über den ersten Kanzler der Bundesrepublik sagen: „Trotzdem war die Atmosphäre sehr menschlich und nie hektisch. Adenauer strahlte stets Ruhe und Gelassenheit aus, und das übertrug sich auf seine Mitarbeiter“.

Das Wissen um menschliche Begrenztheit und Mangelhaftigkeit gibt den Politikern auch die Chance, die Wichtigkeit der eigenen Person und des eigenen Tuns in den richtigen Relationen zu sehen und danach zu handeln.

# Auftrag und Grenzen der Bildungsarbeit mit Behinderten im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands

Christopher Dannenmann

Das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands ist das größte freie Bildungs- und Ausbildungswerk in der Bundesrepublik. In 87 pädagogischen Einrichtungen lernen 26 000 junge Menschen ihr Leben zu meistern; es hat sich ganz besonders auch in den Dienst der Benachteiligten und Gefährdeten gestellt. Über wesentliche Teilaspekte dieser Arbeit berichtet Dr. Christopher Dannenmann. Die von ihm im nachfolgenden dargelegten Möglichkeiten der Bildungsarbeit mit Behinderten beziehen sich auf die Arbeit im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD) – das gerade in diesem Bereich Hervorragendes geleistet hat und als richtungsweisend bezeichnet werden kann.

Wenn das Christliche Jugenddorfwerk die Frage nach dem Behinderten zu einem wichtigen Thema erhebt, dann stellt es damit die Frage nach seinem Auftrag, nach seiner Aufgabe, nach dem, was es sein und tun soll – ganz grundsätzlich.

Verfolgen wir die Geschichte unseres Werkes, so erkennen wir, daß unser Bildungs- und Ausbildungswerk die verschiedensten Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsaufgaben erneuernd immer da anging, wo Not war, wo Jugendlichen individuell und als Gruppe Wege in die Zukunft verbaut waren und die staatliche Bürokratie eine kurzfristige Veränderung von Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungswegen nicht ermöglichte.

Die Aufgabe des CJD dem Behinderten gegenüber wird nur in der Weise anzugehen sein, daß modellhaft, aber vielfältig, das weite Feld des Behinderten in der praktischen Arbeit aufgeschlüsselt wird. Eine Grundsatzfrage, die darauf abzielt zu beschreiben, was wir tun sollen, muß Antwort darauf geben, woher dieses Sollen rührt. Gibt es für uns einen Maßstab, von dem

aus die Fragen des Menschen in dieser Zeit beleuchtet werden?

## Die geistige Position

Wer nicht anerkennt, daß der Mensch auf völlig andere Weise „homo sapiens“ ist wie das Wasser gleich H<sub>2</sub>O „ist“, daß vielmehr der Mensch erst werden muß, was er ist, für den hat es begreiflicherweise keinen vertretbaren Sinn, vom Sollen überhaupt zu sprechen. Was der Mensch soll, wird ihm zur Pflicht. Die Pflicht belegt Calvin mit dem Pauluswort aus dem Brief an Titus (2,11), daß wir zuchtvoll, gerecht und fromm leben sollen in dieser Welt – und er ordnet dem Wort „zuchtvoll“ die Pflichten des Menschen gegen sich selber zu, dem Wort „gerecht“ die Pflichten gegen die Mitmenschen und dem Wort „fromm“ die Pflichten gegen Gott.

Stellen wir uns mit unserer Frage nicht dem Evangelium, sondern lediglich der Gesellschaft, dann werden wir auch keine originäre eigenständige Antwort finden, die den Behinderten interessieren könnte.

## Zur Begriffsklärung

Eine übergreifende Definition der Behinderten und Benachteiligten, die für jeden einzelnen von Behinderung betroffenen Menschen eine Zuordnung und diagnostische Entscheidung erlaubt, steht nicht zur Verfügung. Das liegt daran, daß sich Behinderungen immer erst in ihrem Schweregrad an den gesellschaftlichen Anforderungen erweisen.

Behinderung ist immer mit dem einzelnen und mit der Existenz eines menschlichen Daseins verflochten.

Wer die Frage nach dem Behinderten stellt, muß auch fragen: Wer ist denn der Normalmensch? Gibt es diesen? Alle Menschen weichen doch irgendwie und irgendwann mehr oder weniger von der Norm ab, ohne daß eine solche Abweichung als Behinderung bezeichnet wird. Abweichendes Verhalten wird mitunter sogar als Persönlichkeitseigentümlichkeit angesehen und positiv bewertet.

Der Deutsche Bildungsrat definiert in seinem Gutachten „zur pädagogischen Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher“: „Als behindert im erziehungswissenschaftlichen Sinne gelten alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die in ihrem Lernen, im sozialen Verhalten, in der sprachlichen Kommunikation oder in den psychomotorischen Fähigkeiten soweit beeinträchtigt sind, daß ihre Teilhabe am Leben der Gesellschaft wesentlich erschwert ist.“

Behinderungen werden auf zwei Ebenen wirksam: Einmal als unmittelbare Lebenserschwerung für den Behinderten selbst, zum anderen als Erschwerung sozialer Interaktionen und sozialer Eingliederung im öffentlichen Leben, in den Bildungsinstitutionen, in der Arbeitswelt und im Zusammenleben der Familie.

Wir kennen den sonderschulbedürftigen Behinderten: den Lernbehinderten, Geistigbehinderten, Verhaltensgestörten, den Blinden und Sehbehinderten, den Gehörlosen, Schwerhörigen, den Sprachgestörten, den Körperbehinderten, den langfristig Kranken, den also, der in einer gesonderten Bildungsform befähigt werden soll, „vernünftig“ zu existieren.

Problematisch wird die Abgrenzung, wenn wir fragen, ob wir auch den nicht Liebesfähigen, den geistig, ideologisch oder glaubensmäßig Verwirrten und Verirrten zum Behinderten rechnen. Und schließlich können wir fragen, ob Teilfunktionen unserer Existenz mög-

licherweise gestört oder vorübergehend behindert oder gestört sind.

Die Frage nach der Begriffsbestimmung und Abgrenzung ist also leicht ins Grenzenlose zu führen. Was wir daraus erkennen können ist dies: Die sogenannte normale Gesellschaft ist eben nicht die Gesellschaft von Nicht-Behinderten. Als normal sind vielmehr Menschen zu bezeichnen, die mehr oder minder auf eine Norm bezogen sind, aber auch von dieser Norm abweichen können, ggfs. auffällig abweichen oder, was viel häufiger der Fall ist, unauffällig abweichen oder sich womöglich nur vorübergehend in der Norm befinden.

Ein solches Verständnis schließt aus, daß wir die Frage des Behinderten außerhalb des normalen gesellschaftlichen, außerhalb des normalen erziehungsmäßigen und außerhalb des normalen Bildungs- und Ausbildungsvorgangs behandeln.

Das gesellschaftliche Bewußtsein geht heute in bezug auf den Behinderten so weit, daß – wie Untersuchungen ergeben haben – man bei der Begegnung mit körperlich Behinderten z. B. meist Mitleid empfindet oder ein Gefühl der Peinlichkeit, der Neugier oder des Bedauerns. So wird er weder von den Eltern noch von den Lehrern noch von den Pädagogen als mündig angesehen und lebt in einer Umwelt voller Vorurteile, die den Behinderten nicht ernst nimmt, sondern ihn in der Passivrolle eines Menschen sieht, der behandelt wird, der bemitleidet wird, für den man handelt und mit dem man „macht“.

### Fragen und Thesen zum Thema

1. Wie kann die Integration des Behinderten in die Gesellschaft, wie kann die Kommunikation des Behinderten mit dem Nicht-Behinderten erfolgen?

Hier müssen grundsätzlich neue Möglichkeiten von Bildungseinrichtungen entwickelt werden, und zwar sowohl baulich als auch inhaltlich. Zentren der Vermittlung und der Begegnung sind zu schaffen, durch die das normale gesellschaftliche Leben pulsiert.

2. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß eine nur fürsorgliche

Betreuung des Behinderten in keiner Weise ausreicht. Es gilt ja vielmehr: Es nimmt der Mensch den Menschen an, der Bruder nimmt den Bruder an, der Behinderte nimmt den Nicht-Behinderten an, und der Nicht-Behinderte nimmt den Behinderten an in seiner ganzen Person, nicht nur in seinem Leiden. Auch hier gilt der Grundsatz der Sozialpädagogik: Da anfangen, wo der einzelne steht, oder den einzelnen da abholen, wo er sich befindet in seiner ganzen Existenz, und zwar in seiner individuellen und gesellschaftlichen Existenz, und sich dann mit ihm auf einen gemeinsamen Weg begeben. Die Krise in der Behandlung der Behindertenfrage besteht also darin, daß wir den Behinderten in seiner Existenz individuell und institutionell isolieren; daß wir so tun, als gäbe es eine normale Existenz und eine anormale Existenz. Der Behinderte müsse also in einer Scheinwelt, nämlich in einer isolierten Welt dahin gebracht werden, daß er in der Lage ist, eines Tages in der Welt des Nicht-Behinderten zu leben. Aber – brach nicht gerade Christus diese bornierte Welt auf, wies er nicht ständig den Menschen, der sich als nicht behindert und normal betrachtete, darauf hin, daß sein eingebildeter Zustand der kranke Zustand ist?

3. Aus dieser Perspektive heraus kann der Behinderte sehr wohl eine Bereicherung, ja gerade ein Korrektiv für die Existenz von einzelnen wie auch für die Gesamtgesellschaft sein.

4. Wollen wir uns also mit der Frage des Behinderten konkret befassen, so gilt es, eine mehrstufige integrative Bildungseinrichtung zu schaffen, die allen diesen zunächst geäußerten Ansprüchen genügt und eine praktische Antwort auf die zuvor gestellten Fragen gibt.

5. In einer solchen Einrichtung werden gegenwärtig bestehende Vorurteile und gesellschaftliche Zwänge durchbrochen. Behinderte, pädagogische Mitarbeiter, Nicht-Behinderte – also alle die, die in einer solchen Bildungseinrichtung gemeinsam leben, stehen in einem neuen Bezug von personaler Gemeinschaft und Partnerschaft.

6. Es gilt, Lebensform und Denkweise des Behinderten anzunehmen und in allen Lebensbereichen voll zu berücksichtigen.

7. Eine solche sozialpädagogische Einrichtung für Behinderte soll eine Alternative zu bestehenden Einrichtungen sein. Daher gilt es, bestehende Förderungsrichtlinien für Behinderte darauf maximal zu nutzen und Initiativen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen zu ergreifen, um staatliche Richtlinien zu erweitern, damit dieser Spielraum möglich wird.

8. Um dem Behinderten eine qualifizierte Erziehung und Ausbildung zukommen lassen zu können, ist es nun aber in der Regel notwendig, für den Bildungsweg eine öffentliche, d. h. meist staatliche Anerkennung zu erwerben. Das bedeutet aber auch in der Regel den Zwang, die Einrichtung als gleichartig den staatlichen Einrichtungen gegenüber darzustellen und zu begründen. Entscheidend aber ist nicht die Gleichartigkeit zu bestehenden Einrichtungen, sondern ist zunächst die Gleichwertigkeit in der Qualität der Förderung.

9. Den Behinderten ernst zu nehmen, also anzunehmen, heißt auch: die individuelle Selbstverwirklichung und ein hohes Maß an gesellschaftlicher Integration und Anerkennung für den Behinderten anzustreben und durch praktische Handlungen zu erreichen.

### Zum Verhältnis des Behinderten zum Nicht-Behinderten

Das Vorhandensein massiver und fundamentaler Vorbehalte gegenüber Behinderten ist bekannt. Solche Vorbehalte stehen natürlich einer partnerschaftlichen Integration im Wege.

Jedes *Ich* wird durch ein *Du* möglich. Keiner lebt, den nicht die Liebe eines anderen ausdrücklich zu dessen für ihn unentbehrlichen Partner erklärt und der dies nicht dankbar anerkannt hätte. Kein Mensch ist geistig gesund, der nicht die Möglichkeit tatsächlich erhalten hat, mit anderen eine Wegstrecke gemeinsamen Lebens zu gehen, um danach mit Vertrauen nicht nur „Ich“, sondern vor allem „Wir“ zu sagen: Wir haben das getan, wir haben das erlebt, wir haben dieses gemeinsam hinter uns gebracht – als Behinderte und als Nicht-Behinderte. In solchem

„Wir“ erkennt der einzelne an, daß die Partnerschaft sich bewährt hat, daß es sich also als gut erwiesen hat, daß er nicht allein war.

Eine solche Partnerschaft ist dann möglich, wenn sie einbezogen ist in die wirkliche Universalität des Vertrauens und der Liebe. „Und Gott sah an alles, was er gemacht hatte, und siehe, es war gut“. Auch das Sein dessen, der anders ist als ich, ist gut. Es ist gut, daß es ihn gibt, und es wäre schlimm, wenn es ihn nicht gäbe. Entscheidend ist also die Partnerschaft und der Zusammenschluß der Ungleichen. Liebe im biblischen Verstande ist nicht die Liebe unter Gleichen, sondern unter Ungleichen – woran sollte sich unser Werk sonst orientieren?

### Der Mitarbeiter

Nach dem Stand der heutigen Diskussion der Behindertenproblematik liegt es nahe, für diese Aufgaben nun ein vielfältiges Konglomerat von spezialisierten Mitarbeitern heranzubilden, einzustellen und zu fordern. Würde dieses realisiert, sollten wir die Frage des Behinderten nicht weiter realisieren wollen.

Es kommt darauf an, daß der sozialpädagogische Mitarbeiter, vom Praktikanten bis zum Jugenddorfleiter, erkennt, daß die Leitgedanken, die wir versucht haben aufzuzeigen, seine pädagogischen Leitgedanken sein könnten; daß er erkennt, daß er selbst als sogenannter Nicht-Behinderter auf den Behinderten angewiesen ist genau wie der Behinderte auf ihn, den sogenannten Nicht-Behinderten, angewiesen ist; daß er als Mitarbeiter aufgefördert ist, den Behinderten anzunehmen, wie er ist, und er in dieser Aufgabe ihn begleitet und ihn als Person ernst nimmt.

Mit einer solchen Einstellung kann der Mitarbeiter wissen, welche Entbehungen ein behinderter junger Mensch erlitten hat, bis er in die personale Begleitung eines Jugenddorfes gerät. Oberstes Prinzip einer „Behandlung“ also wäre, dem anderen zu verhelfen, glücklicher zu werden. Wer aber anderen Menschen zum glücklicher werden verhelfen will, muß selbst glücklich sein können.

Die Mitarbeiter des CJD haben darauf zu achten, daß der eigene „Glückshaushalt“ in Ordnung ist. Was dazu alles notwendig ist? – Der Phantasie sind gewiß im pädagogischen Alltag keine Grenzen gesetzt. Aber – wie intensiv haben wir in unserer sozialpädagogischen Arbeit darüber nachgedacht, z. B. wie wir unser Hobby in das Aufgabengebiet mit einbeziehen können? Wo aber wäre das eher möglich als gerade in der Pädagogik? Das Hobby aber hat sehr viel mit Therapie und Psychotherapie zu tun.

Ich frage mich auch, warum wir im CJD noch kein eigenes größeres Segelschiff haben, auf dem 10 bis 15 Jugendliche wohnen und schlafen können, bei so vielen Mitarbeitern, Jugendleitern, ja selbst Jugenddorfleitern, die sich rühmen, etwas davon zu verstehen, die im Urlaub dieses Hobby pflegen und während der Arbeit träumend davon reden? Welcher therapeutische Wert aber besteht wohl darin, gerade für neurotische, für ängstliche Kinder und Jugendliche, den Kampf mit den Elementen erleben zu können, in dem Bewußtsein stehen zu müssen, „wir alle sitzen in einem Boot“, das Erlebnis des Aufeinander-angewiesen-Seins – welche für ein junges Leben entscheidende Gruppenprozesse können sich in zwei bis drei Tagen auf diese Weise erleben lassen! Je mehr wir uns der Frage nach dem behinderten Kind und Jugendlichen erschließen, sind wir genötigt, unsere Konzeption der ganzheitlichen Pädagogik und des personalen Geleits an unserer gegenwärtigen pädagogischen Realität zu messen. Wir sind genötigt, in unserer Mitarbeiterschaft Phantasie, Geduld und Offenheit in der Diskussion in den pädagogischen Einrichtungen neu zu entfalten.

Gewiß wird es notwendig werden, darüber hinaus für die pädagogisch-therapeutischen Maßnahmen Fachlehrer der Verhaltensgestörtenpädagogik oder der Psychotherapie, Diplom-Psychologen mit psychotherapeutischer Zusatzausbildung und Psychagogen zusätzlich als Mitarbeiter in das Werk mit aufzunehmen.

Unser Werk hat die Frage nach dem Behinderten insgesamt natürlich längst positiv insofern beantwortet, als es vielfältig mit behinderten Jugendlichen und Erwachsenen arbeitet.

Dominierende Aufgabe wird es sein, in unseren bestehenden und zukünftigen Bildungs- und Ausbildungsaufgaben den geistig-seelisch, den emotional, sozial und gesellschaftlich geschädigten jungen Menschen anzunehmen und zu fördern.

Die Mangelerscheinungen in der Behandlung der Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsarbeit am behinderten Kind und jungen Menschen sind in unserer Gesellschaft so gravierend, daß es dringend erforderlich ist, neue Überlegungen, Planungen und Realisierungen in die Tat umzusetzen. Die Grenze im Umgang mit der Frage nach dem Behinderten würde ich gegenwärtig in unserem Werk da ziehen, wo ich meine, daß qualifiziert und ausreichend in unserer Gesellschaft Förderungseinrichtungen vorhanden sind. Dies ist – soweit ich den Studien und Gutachten der Bildungskommission der Bundesregierung folgen kann – vor allem auf den Gebieten der Blinden und Sehbehinderten, der Gehörlosen und Gehörbehinderten der Fall. Damit bleibt uns eine äußerst weit gesteckte Aufgabe, die es im Laufe der nächsten Zeit einzugrenzen gilt.

Dieser oder jener Skeptiker wird nun der Überzeugung sein, daß das CJD sich damit unnötig belastet oder womöglich überfordere. Dagegen ist zu sagen, daß das Wort Jesu, „alles sei möglich dem, der glaubt“ (Markus 9,23) vielleicht wirklichkeitsfremd anmutet. Wenn wir aber gleich hinzufügen, daß es eben auch gilt, unseren Unglauben einzugestehen: „Ich glaube, hilf meinem Unglauben“ (Markus 9,24), dann ist der Weg offen für die Erkenntnis, daß das, was für Menschen unmöglich zu sein scheint, möglich ist bei Gott, „denn alles ist möglich bei Gott“ (Markus 10,27).

Wo wir glauben, ja wo wir erfahren, daß Gott für den Menschen, für das Heil des Menschen, alles getan hat, da kann man für das Wohl des Menschen gar nicht genug tun wollen.

### Synode gegen Ernennung von DKP-Mitgliedern zu Pfarrern

Die in Frankfurt (Main) tagende hessen-nassauische Kirchensynode hat sich am 1. Dezember gegen eine Ernennung von Pfarrvikaren, die der DKP angehören, zu Pfarrern auf Lebenszeit ausgesprochen. Mit 103 gegen 72 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde ein Antrag angenommen, demzufolge die Kirchenleitung angewiesen wird, „entsprechend ihrer von der Synode gebilligten Erklärung, wonach die Mitgliedschaft in der DKP unvereinbar mit der Ausübung eines pfarramtlichen Amtes in der EKHN ist, von der Ernennung von Pfarrvikaren, die der DKP angehören, zu Pfarrern auf Lebenszeit abzusehen.“ Ferner erhielt ein Ergänzungsantrag die Zustimmung von 91 Synodalen bei 72 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen. Darin heißt es, die auf die Übernahme von Mitgliedern der DKP in den pfarramtlichen Dienst gerichteten Beschlüsse seien „nicht auszuführen“.

Die Frage der Mitgliedschaft von Pfarrern in der DKP hatte im „Zwischenbericht“ der Kirchenleitung vor der am 30. November in Frankfurt eröffneten Tagung der Synode der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau breiten Raum eingenommen. Oberkirchenrat Helmut Spengler, der in Vertretung des an der Weltkirchenkonferenz in Nairobi teilnehmenden Kirchenpräsidenten D. Helmut Hild den Bericht gab, betonte, daß die sogenannte „Unvereinbarkeitserklärung“ nach wie vor gelte. Dennoch werde ein Pfarrvikar, der noch Mitglied der DKP sei, aus Gründen „theologischer und pfarramtlicher Glaubwürdigkeit“ mit Wirkung zum 1. Januar 1976 zum Pfarrer auf Lebenszeit ernannt. Für zwei weitere Pfarrvikare, die ebenfalls der DKP angehören, werde – vorbehaltlich der noch nicht abgeschlossenen Prüfung der Gespräche mit den jeweiligen Kirchenvorständen – die Ernennung in Erwägung gezogen. Nach Angaben von Spengler wird dabei berücksichtigt, daß die drei Pfarrvikare ihren Dienst schon vor der im Frühjahr 1973 abgegebenen

Erklärung der Kirchenleitung zur DKP-Mitgliedschaft angetreten hätten. Es werde erwartet, daß die drei Pfarrer auf die Mitgliedschaft in der DKP verzichten.

Spengler wies darauf hin, daß auch weiterhin „ein Theologe, der im Dienst der Kirche steht, nicht Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei sein kann“. Dies gelte gerade auch nach den bisherigen mit den betroffenen Pfarrvikaren – im Bereich der hessen-nassauischen Kirche wird ihre Zahl auf etwa acht geschätzt – geführten Gesprächen. Zur Begründung der Haltung der Kirchenleitung erwähnte der Oberkirchenrat, daß die DKP, auch wenn sie von ihren Mitgliedern derzeit keinen Austritt aus der Kirche oder ein ausdrückliches Bekenntnis zum Atheismus verlange, derart eindeutig an ihrem weltanschaulichen Grundsatz festhalte, daß „erst gar keine Möglichkeit eines Dialogs eingeräumt wird“. Vor allem müsse diese Partei dazu Stellung nehmen, wie sie es „nach dem erstrebten Sieg des Sozialismus mit den Kirchen und Christen halten will, ob sie mit ihnen so zu verfahren gedenkt wie die Schwesternparteien in den sozialistischen Ländern“, sagte Spengler.

### Hermann-Ehlers-Förderpreis für Gerd Langguth

**Hannover:** Dr. Gerd Langguth, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und langjähriger Bundesvorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), erhielt am 10. Oktober 1975 in Hannover den erstmals vergebenen Hermann-Ehlers-Förderpreis. Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von Hassel, Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung, überreichte Langguth den Preis aufgrund seines Einsatzes an den Hochschulen der Bundesrepublik: Als Bundesvorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten in den Jahren 1970 bis 1974 trug er auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte maßgeblich dazu bei, den RCDS zur führenden politischen Kraft in der Auseinandersetzung mit dem Links-

extremismus zu profilieren. Die „FAZ“ schrieb am 19. September 1975 über die Rolle Langguths: „Von Radikalen mehrmals mit Gewalt aus den Hörsälen von Bremen bis Frankfurt vertrieben, blieb er doch der einzige, der sie theoretisch ausstach.“ Im Mai 1975 wurde Dr. Langguth Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg.

Dem Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gehört Gerd Langguth seit mehreren Jahren an.

Der Hermann-Ehlers-Förderpreis ist mit 5 000 DM dotiert. Den am gleichen Tage vergebenen Hermann-Ehlers-Preis erhielt Bischof D. Dr. Hermann Kunst DD, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am Sitz der Bundesrepublik Deutschland.

Die Hermann-Ehlers-Stiftung, die nach dem Präsidenten des Deutschen Bundestages 1950 bis 1954 benannt ist, verleiht diese Preise, „um die Erinnerung an ihren Namensgeber wach zu halten, aber auch um herausragende Bemühungen von Staatsbürgern zu würdigen, die im Dienste des friedlichen Ausgleichs zwischen den Gruppen der offensiven Verteidigung der freiheitlichen Ordnung im Geist von Hermann Ehlers mutig vorangeschritten sind.“

### Am Grabe von Dr. Robert Tillmanns

**Berlin:** An der Kranzniederlegung auf dem Friedhof Berlin-Nikolassee aus Anlaß des 20. Todestages von Robert Tillmanns nahmen neben Familienangehörigen und einer Reihe von Repräsentanten der Berliner CDU für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU die Berliner EAK-Landesvorsitzende Dr. Ursula Besser MdA sowie EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen teil.

Die Einladung zur 20. EAK-Bundestagung liegt der nächsten Ausgabe der EV bei.

# Europa darf nicht atheistisch werden

Joachim Konrad

**Der Bonner Theologe Prof. D. Dr. J. Konrad hielt im Straßburger Münster anlässlich der Europatage in Straßburg und Kehl die Predigt zu Psalm 85, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, da sie gerade auch die persönliche Freiheit und die Unantastbarkeit der menschlichen Würde in Bezug zu unserem Glauben stellt.**

I

Darf das, was hier und jetzt in Straßburg oder auch in Brüssel über Europa, das Ziel und die Wege seiner so dringenden Vereinigung verhandelt wird, vom Gebet und Gottesdienst der Kirchen begleitet werden? Kann das, was dieses Europa geistig und sittlich, kulturell und politisch zu bestimmen hätte, seine „Idee“, der grundlegenden Weisung durch das Wort Gottes entraten, wenn es nicht dem bloßen Meinungs- und Interessenpluralismus und damit der Zerrissenheit preisgegeben bleiben soll? Was anderes könnte uns den Egoismus und die Machtwillkür der Nationen, der Parteien und anmaßenden Ideologien im Sinne gerechter und freiheitlicher sozialer Ordnung der Völker des Abendlandes und ihres friedlichen Zusammenschlusses besser überwinden helfen als das Vertrauen auf die führende Macht Gottes, die uns unter Gericht und Gnade geleitet und gehalten hat?

Gegen Ende des 1. Weltkrieges erschien Oswald Spenglers düstere Prophezeiung vom „Untergang des Abendlandes“, dem Verfall seiner seelischen Kultur in bloß technische Zivilisation und dann in Barbarei. Im Jahre 1937 schrieb August Winnig gegen die Gottlosigkeit Stalins und Hitlers das mahnende Wort: „Was Europa geworden ist, ist es unter dem Kreuz geworden“. Das viel mißbrauchte Wort vom „Christlichen Abendland“ behält seinen Sinn, wenn nicht verschwiegen wird, wie oft und wie erschreckend sündigend es von seinem Glauben abgefallen ist und gegen ihn gehandelt hat. Aber seit der Zeit, da der Apostel Paulus die Stimme vernommen hat: „Komm herüber nach Mazedonien und hilf uns!“ (Apg. 16,9), ist der Name

Jesu Christi und sein Evangelium in Europa nie mehr verstummt. Gott hat es in seinen Kirchen, Ländern und Staaten auch immer wieder zur Erneuerung und christlich verantwortlichem Tun auf- und zurückgerufen.

Im Rahmen einer Predigt läßt sich die Heils- und Unheilsgeschichte Europas nicht ausführlich erzählen. Aber was seit den Tagen der Völkerwanderung gegenüber dem uns bedrängenden Islam, gegen den Hunnen- und Mongolensturm geschehen ist; was seit Karl dem Großen in der christlichen Reichsidee europäische Einheit geformt hat; was vom Mönchtum her das abendländische Arbeitsethos mit seinem „ora et labora“ vom Süden und Westen ausgehend bis weit in den Osten hin bestimmt hat; was theologisch und philosophisch von Augustin über Thomas von Aquin und Franz von Assisi und in der Reformation Luthers und Calvins bis hin zum humanistischen Idealismus und dem sozialen Denken der Neuzeit abendländische Gestalt gewonnen hat; was in der ökumenischen Bewegung des lutherischen Bischofs Söderblom und Papst Johannes XXIII. zur Einheit der Gläubigen drängt, kann trotz der Vielheit der Gegensätze, ja bis in seine Abfallserscheinungen, seine Bestimmtheit vom Geist des Christentums her nicht verleugnen. Es hat damit entscheidende Grundlagen für die innere Zusammengehörigkeit unseres Kontinents und darüber hinaus missionierend für die ganze heutige Welt im Sinne ihrer Gottesverantwortlichkeit gesetzt.

Laßt uns darum heute in Dankbarkeit für Gottes bisherige Führung, aber auch in wahrhaftiger Erkenntnis dessen, woran wir vor ihm und aneinander in die Schuld unserer Zerrissenheit und unter seinen Zorn geraten sind, mit dem Psalmisten aus der Zeit der babylonischen Gefangenschaft und Völkerzerstreuung auch für Europa beten (Ps. 85,2-8):

*Einst hast du, Herr, dein Land begnadet, Jakobs Unglück gewen-*

*det, hast vergeben die Schuld deines Volkes, all ihre Sünden zugedeckt, hast zurückgezogen all deinen Grimm, gedämpft deinen glühenden Zorn. Richte uns nun wieder auf, Gott unseres Heils, laß von deinem Unmut gegen uns ab! Willst du auf ewig uns zürnen, deinen Zorn hinziehen von Geschlecht zu Geschlecht? Willst du uns nicht wieder beleben, daß dein Volk sich an dir freuen kann? Erweise uns, Herr, deine Huld und gewähre uns dein Heil!*

Sollte Gott nicht auch uns noch einmal gnädig sein, uns durch seinen heiligen Geist aus der heillosen Meinungs- und Sprachverwirrung befreien und uns unter seinem Wort so zusammenführen, daß wir uns unserer gemeinsamen Aufgabe untereinander und an dieser Welt, trotz aller Bedrohung durch dämonische Mächte, neu bewußt werden und dementsprechend auch politisch handeln?

## II

Das Psalmgebet fährt fort (v. 9–14):

*Hören will ich, was Gott redet: Frieden kündigt der Herr seinem Volk und seinen Frommen, denen, die redlichen Herzens sind. Sein Heil ist denen nahe, die ihn fürchten; seine Herrlichkeit wohne in unserem Land! Es begegnen einander Huld und Treue, Gerechtigkeit und Frieden küssen sich. Treue sproßt aus der Erde auf; Gerechtigkeit blickt vom Himmel hernieder. Dann spendet der Herr auch Segen, unser Land gibt seinen Ertrag. Gerechtigkeit geht vor ihm her, und Heil folgt der Spur seiner Schritte.*

Wir brauchen den versöhnenden Frieden, der von oben kommt, damit wir von daher füreinander offen werden. In ihm ist der Völkerfrieden beschlossen, der uns überleben läßt in Anbetracht all der aufgerüsteten Vernichtungswaffen; ebenso der wahre soziale Frieden gerechter Menschlichkeit und Freiheit, ohne den wir zugrunde gehen müßten. Er ist die wahre Alternative zu aller gewaltsamen Klassenherrschaft und zerstörenden Anarchie.

Damit wir nicht auf politische Torheiten geraten, die uns zu Sklaven bedrohlicher Willkür entwürdigen! Nein, die politischen Demonstrationen machen es nicht. Gerechtigkeit und Frieden sollen sich küssen, Güte und Gerechtigkeit einander begegnen. Gottes Ehre, die wir so vielfach geschändet haben, soll wieder in unserem Lande wohnen. Denen, die es wieder lernen, Gott zu fürchten und seine Gebote ernstzunehmen, wird Gott seine Hilfe nicht versagen. Ach Herr, laß wieder Treue auf unserer Erde emporkommen, und uns deines Rechtes und deiner Gerechtigkeit bis in unser persönliches, familiäres, soziales und nationales Leben innwerden! So allein könnte auch Europa unter deinem gnädigen Willen wieder genesen und zusammenfinden. Unter dem Kreuz deines Sohnes Jesus Christus mache uns zur versöhnenden Liebe bereit, die da auch Opfer zu bringen vermag, wo man sonst in Hochmut, Hass und Gruppenegoismus auseinanderstrebt. Dann wird Gott auch uns Gutes tun und unserem Land seinen Ertrag geben. Ins Moderne übertragen: dann werden sich auch die heutigen Wirtschaftsformen segensreich auswirken können, und ihre Krisen uns nicht zuschanden machen. Wir könnten miteinander zu einem global gerechten Austausch und förderlichen Gebrauch der Güter dieser Erde gelangen, so daß alle satt werden.

### III

Den politischen Aufgaben dieser Europatagung hat im Einzelnen die Predigt nicht vorzugreifen. Aber einige konkretere Hinweise für das christliche Gewissen unserer gemeinsamen Aufgabe sollen noch genannt werden.

In geistlicher Aufrüstung gegenüber der uns überschwemmenden Gottlosigkeit und Glaubensgleichgültigkeit wird es immer dringender, daß die Kirchen Schritt für Schritt einander näher rücken und gemeinsam aktiv werden in christlicher Erneuerung, Sammlung und

Sendung. Eine ernsthafte Ökumene kann auch für die Nationen Europas und ihre Gemeinschaft nicht ohne politische Folgen bleiben.

Der christliche Glaube hat seine weltweite Verheißung im Reich Gottes und seine missionarische Aufgabe in allen Kontinenten. Darum ist der Osten und der Westen und besonders auch die dritte Welt in unsere Mitverantwortung gestellt — was schon Albert Schweitzer hier vom Elsaß ausgehend vor Jahrzehnten praktiziert hat! — Christus ist der eine Herr über uns alle. Aber sein Geist schafft sich auch je nach den Regionen und Situationen seine besonderen Ausprägungen. Die Traditionen der umfänglichen europäischen Geistesgeschichte lassen sich auf Afrika und Asien nicht einfach übertragen; aber sie haben dem Abendland sein Gesicht gegeben und haben hier ihre bleibende Bedeutung und vom Kern her immer wieder zu erneuernde große Wichtigkeit. Die formende Kraft ihrer Geistigkeit ist für uns verpflichtendes Erbe, das man nicht gleichgültig beiseiteschieben kann.

Das bedeutet z. B. gegenüber aller Verwässerung und ideologischen Bevormundung der Menschenrechte von Gottes Schöpfung und Versöhnung her gesehen den Vorrang der persönlichen Freiheit und Unantastbarkeit der Menschenwürde. Man kann nicht erst Millionen Menschen liquidieren oder in Straflagern peinigern, um so gewalttätig eine Ideologie durchzusetzen, unter deren Vorschaltung den Menschen dann erst ihre Würde und ihre Rechte zugesprochen werden sollen. Der Mensch ist nicht Mittel, sondern Zweck, auch wo er in seiner gesellschaftlichen Rolle verstanden werden muß. Darum darf eine Politik der Christen in Europa zur Mißachtung der allgemeinen Menschenrechte auch im Osten und im Süden nicht schweigen und diese Ungeheuerlichkeit nicht mit bloßen Handelsabkommen überspielen. Sie wird vielmehr das, was sie an wirtschaftlicher und politischer Kraft zur Verfügung hat, mit

dafür einzusetzen haben, daß auch in den Vertragsländern Menschenwürde und Menschenrechte ihren Freiheitsraum gewinnen, Minderheitenschutz zugestanden, sowie auch dem Unrecht der Vertreibung gewehrt wird. Nur so kann es zu einer gerechten „Weltinnenpolitik“ kommen. Andernfalls machen sich die Staaten Europas mitschuldig am Unrecht der Anderen.

Und schließlich: trotz aller Ver-säumnisse, durch die Christen auch dem Marxismus gegenüber schuldig geworden sind: nicht der Klassen- und Völkerhaß wird uns den ersehnten sozialen Frieden bringen, sondern die Aktivierung der Gerechtigkeit und Liebe, zu der wir durch das Evangelium berufen sind. Die aber fordert heute über alles nur Persönliche hinaus gemeinsame Verantwortung und also auch unsere europäische Zusammenarbeit und konkrete politische Entscheidungen. Das bloß historische Wissen um unsere Traditionen und ihr äußerliches Festhalten tun es noch nicht. Auch die Juden zur Zeit Jesu haben sich auf ihre Abrahamskind-schaft berufen, aber den Tag ihrer Heimsuchung durch Christus nicht erkannt. Gott kann sein heilsames Evangelium auch uns wieder nehmen, wenn wir den Ernst seiner Wahrheit in den Wind schlagen. Und das geht jeden Einzelnen von uns an. Aber da liegt zugleich für uns alle die Schicksalsfrage: ob die Staaten Europas, wie geplant, zu Satelliten einer bewußt atheistischen Weltmacht und ihrer Zwangs-ideologie werden oder in freier demokratischer Gemeinschaft ihre geschichtliche und regionale Selbständigkeit bewahren und ausbauen können. Das wird Entscheidung fordernd wesentlich davon abhängen, ob Gott uns noch einmal die Gnade schenkt, uns in verantwortlicher Aktivität im Sinne der genannten Aufgaben unter dem Kreuz zusammenzufinden und den Ernst der Stunde seiner Heimsuchung zu erfassen.

„Land, Land, Land, höre des Herren Wort!“ (Jer. 22,29)

Amen.

#### Unsere Autoren:

Rudolf Mädlich  
Landgerichtspräsident  
Parkstraße 41  
6252 Diez (Lahn)

Dr. Christopher Dannemann  
— Christliches Jugenddorfwerk  
Deutschlands —  
Panoramastraße 55  
7331 Faurndau (Göppingen)

Prof. D. Dr. J. Konrad  
Sebastianstraße 74  
5300 Bonn

Wir bringen jeweils die Anschriften der Autoren, damit unseren Lesern die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme gegeben ist.

Wegen Platzmangel finden Sie Hinweise auf Akademietagungen erst wieder in der Februar-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung.

# EKD-Synode tagte in Freiburg

Im November vergangenen Jahres fand in Freiburg die 4. Tagung der 5. Synode der EKD statt.

Im nachfolgenden bringt die Evangelische Verantwortung Auszüge aus der Rede des Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof D. Helmut Claß sowie aus der Vielzahl der Resolutionen, die durch die Synode in Freiburg verabschiedet wurden, den vollen Wortlaut des Beschlusses, der zur Mitarbeit am Thema „Volkskirche“ einlädt.

Alles Denken, Planen und Handeln der Kirche lebt davon, daß es Nachfolge ist. Es muß bezogen bleiben auf den, der gekommen ist, der täglich in seinem Wort zu uns kommt und am Ende der Geschichte wiederkommen wird. Weg und Wagnis gehören in der Nachfolge Jesu Christi zusammen.

Die Versuchung ist groß, daß auch die Kirche auf die weitreichenden Veränderungen der Zeit mit verkürzten Antworten reagiert. Auf der einen Seite gibt es die Versuchung zur defensiven Mentalität. Eine nur rückwärts gewandte Berufung auf die christliche Tradition in unserem kulturellen Bereich kann dahin führen, Christus und den Mitmenschen heute zu verfehlen.

Nicht weniger gefährlich ist auf der anderen Seite die Versuchung, im Strudel rascher Veränderungen wesentliche Inhalte der Tradition wie unbrauchbaren Ballast über Bord zu werfen. In der Konzentration kirchlicher Verantwortung auf gesellschaftsrelevante Beiträge steckt die Gefahr, daß der Glaube seine Geschichte verliert und daß die Kirche schließlich nicht mehr bietet als „nicht-religiöse Ware in religiöser Verpackung“ (Peter L. Berger).

Der Weg der Kirche führt mitten hindurch zwischen Traditionalismus und Aktualismus. Beiden Versuchungen muß auch die Evangelische Kirche in Deutschland widerstehen, wenn sie verantwortlich umgehen will mit dem, was ihr von ihrem Herrn anvertraut wurde.

## Die Perspektive der Sendung

Die spürbare, wenn auch noch nicht dramatische Verknappung der finanziellen Mittel hat das Nachdenken darüber verstärkt, wozu die Kirche in ihrer Arbeit unbedingt verpflichtet ist. Diese Besinnung muß abseits partikularer Interessen auf langfristige Entwicklungen abheben und damit die Grunddaten setzen, an denen sich die konkrete Planung orientieren kann.

In einer Zeit geringer werdender Mittel lediglich lineare Kürzungen aus der „Spar-Gießkanne“ zu verfügen, wäre

ebenso problematisch wie der Versuch, die Ausgaben vor allem dort zu reduzieren, wo nicht ausdrücklich rechtliche Verpflichtungen gegeben sind...

Die Kirche muß erkennbar machen, daß sie im Auftrag dessen an der Arbeit ist, der sich selbst entäußerte, um den niedrigen Weg zu gehen und ganz bei den Menschen zu sein (Phil. 2). Sie hat mehr zu vermitteln als nur religiöse oder soziale Dienstleistungen.

Orientiert sich die Kirche an ihrer Sendung, so muß es ihr möglich sein, die Formen des Dienstes wie der institutionellen Ordnung jederzeit im Sinne einer Überprüfung zur Disposition zu stellen. Das geht oft nicht ohne schmerzhaften Verzicht. Hier ist Festhalten leichter als Loslassen.

## Europa

Nach dem Inkrafttreten der „Konkordie Reformatorischer Kirchen in Europa“ (Leuenberger Konkordie) soll im Juni 1976 in Südschweden das erste der vorgesehenen kontinuierlichen Lehrgespräche zwischen den beteiligten europäischen Kirchen stattfinden.

Das Thema „Zeugnis und Dienst im Europa der Gegenwart“ wird unter den theologischen Aspekten von „Gesetz und Evangelium“, „Zwei-Reiche-Lehre“ und „Königsherrschaft Jesu Christi“ behandelt werden. Fragen zum Verhältnis von Amt, Ordination und Diensten bilden einen zweiten Themenschwerpunkt.

Der Rat begrüßt diese Initiative, weil sie eine Chance bietet, reformatorische Lehre vor dem Hintergrund aktueller Fragen kirchlicher und menschlicher Existenz zu profilieren. Es wird dabei notwendig sein, die Fragestellungen fortzuschreiben, die jahrhundertlang die Lehrstreitigkeiten zwischen den Konfessionskirchen bestimmten. Andererseits darf die Bedeutsamkeit der Bekenntnisse nicht dadurch vermindert werden, daß das legitime Interesse an kirchlicher Lehre einem theologischen Pragmatismus zum Opfer fällt.

## Gefangene

Täglich hören wir von Gewaltanwendungen und Eskalation der Gewalt in vielen Ländern. Es wird noch viel mehr anonym, unter Ausschluß der Öffentlichkeit gelitten. Zahllose Menschen schirmen sich ab, weil sie das Übermaß an Leiden nicht ertragen. Aber Christen dürfen nicht wegsehen, wenn Menschen geplatzt und entwürdigt werden.

Mehrfach hat der Rat Erklärungen abgegeben, um auf Menschenschicksale aufmerksam zu machen. Wir versuchen, Zeichen christlicher Verbundenheit

zu setzen und Änderungen zu erbitten für Menschen in osteuropäischen Ländern, Chile, Korea, Südafrika, Spanien oder dem Nahen Osten. Die Wirkung öffentlicher Verlautbarungen wird niemand überschätzen. Oft kann auf anderem Wege mehr erreicht werden. Verbale Erklärungen werden zudem allzuleicht zur Ersatzhandlung für wirkliches Engagement. Es bleibt ein Gefühl der Ohnmacht.

Der Rat ist seit Jahren für die Begnadigung bzw. Freilassung der seit über drei Jahrzehnten im ausländischen Gewahrsam befindlichen deutschen Kriegsverurteilten eingetreten. Es sind dies: Franz Fischer, Ferdinand aus der Fünfen, Josef Kotalla, alle im Gefängnis in Breda; Rudolf Heß im interalliierten Militärgefängnis in Berlin-Spandau; Herbert Kappler im Militärgefängnis Seefestung Gaeta (Italien) und Erich Koch im Gefängnis in Barzewo in Polen.

Der Rat hat in Übereinstimmung mit der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz Präses i. R. D. Wilm beauftragt, diese Gefangenen, soweit möglich, regelmäßig als Seelsorger zu besuchen. Als Fürsprecher dieser Menschen steht er in Verbindung mit Vertretern der deutschen Bundesregierung, der Gewahrsamsmächte und den Kirchen in den betreffenden Ländern. Über seine Arbeit hat er dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland wiederholt berichtet.

Alle Bemühungen der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Gesuche an die Gnadenträger der Gewahrsamsmächte, die persönlichen Vorsprachen bei den ausländischen Regierungen, bei Politikern und Kirchenleitungen, sind bisher erfolglos geblieben. Das alles geschah in der Stille. Nun müssen wir öffentlich reden. Geschehene Unmenschlichkeit wird mit neuer Unmenschlichkeit erwidert und zwar an alten und kranken Menschen.

Wir wenden uns an die Christen bei uns und in den Gewahrsamsländern. Wir bitten sie um Bereitschaft zur Vergebung und rufen sie zur Fürbitte für die Gefangenen auf.

Der Rat der EKD wendet sich an die Regierungen, an die Politiker und an die Öffentlichkeit in den Gewahrsamsländern und bittet für diese sechs Männer. Zu einer Gemeinschaft der Völker in Europa gehört die Versöhnung, das Ende der Vergeltung...

## Erneuerung durch das Wort

... In zahlreichen Ländern der Erde ist die Nachfrage nach Bibeln ungleich größer als das Angebot. In der Bundesrepublik hat der Verkauf an Bibeln zu-

genommen. Lange Zeit begegneten nicht wenige Glieder unserer Gemeinden der Bibel eher mit Skepsis als in der Hoffnung, hier das entscheidende Wort für ihr Leben zu erfahren. Dazu hat auch beigetragen, daß es nicht gelungen war, den Ertrag der historisch-kritischen Arbeit an der Bibel, die dem Fachtheologen wertvolle Erkenntnisse vermittelte, in den Gemeinden verständlich zu machen. Sie wurden auf ganze gesehen eher verunsichert. Heute setzen viele, vor allem auch junge Menschen, neue existentielle Erwartungen in die Bibel.

Die Geschichte der Schriftauslegung in der Kirche macht deutlich, daß das Wort der Schrift immer wieder aus menschlichen Gefangenschaften ausbricht und sich einen unmittelbaren Zugang zum Denken und Handeln des Menschen verschafft. Martin Luther betonte zu Recht, daß man den Heiligen Geist nirgends gegenwärtiger und lebendiger antrifft als in dem biblischen Text selbst. „Die Heilige Schrift ist allein durch den Geist zu verstehen, durch den sie geschrieben ist.“ (W. A. 7, 97). Dies ist ein Vorbehalt für alles methodisch geordnete Bemühen, die Bibel zu verstehen. In der exegetischen Arbeit der Universitätstheologie werden diese Zusammenhänge neuerdings wieder stärker berücksichtigt.

Über Methoden und Perspektiven zur Erneuerung kirchlicher Arbeit muß sachlich gesprochen werden. Entscheidend aber bleibt, daß wir dabei dem Wort wieder mehr zutrauen, das der Herr der Kirche sagt – und selber ist.

### Erneuerung durch Hoffnung

Seit einigen Jahren stehen wir unter dem Druck stark negativer Perspektiven. Wissenschaftler haben den Fahrplan für unsere Zivilisation errechnet: Die Fahrt endet in einer Katastrophe, wenn keine Umkehr erfolgt. „Ende oder Wende?“, so wird gefragt. Weltumspannende Krisen zeichnen sich ab und haben zu einer Krise der Hoffnung geführt. Ohne Hoffnung wird der Mensch „wild und böse“ (Dostojewski). Eine aggressive Hoffnungslosigkeit ist aber die denkbar schlechteste Ausgangsposition, um mit den Herausforderungen der Zukunft fertig zu werden.

Manche Predigten, in denen die Krisen unserer Zeit angesprochen werden, bleiben in fragwürdigen Analysen stecken. Sie führen nicht weiter als bis zu gesetzlich wirkenden Appellen. Als ob unser Gott nicht ein Gott der Hoffnung

wäre! Hoffen, wo nichts mehr zu hoffen ist – dazu soll die evangelische Verkündigung helfen. Wir sind Hoffende nicht schon dann, wenn wir unsere Augen verschließen vor den brennenden Nöten in Kirche und Welt. Hoffende sind wir erst, wenn Christus sich uns aus diesen Nöten zu erkennen gibt.

„Alles soll gesund werden und leben“ (Hes. 47,9) – das ist die Zukunftsabsicht Gottes. Ihr müsst unbegreiflicherweise auch die Gerichte dienen, so wahr Gott in Jesus Christus nicht der „große Kaputtmacher“ (Blumhardt), sondern Richter und Retter ist. Er anerkennt weder hoffnungslose Fälle noch hoffnungslose Situationen.

Hoffnung auf seine Zukunft befreit die Kirche von Angst und Resignation, von Hochmut und Selbstsicherheit. Diese Hoffnung macht uns frei dazu, daß wir uns unbekümmert dem Tag zuwenden können – offen, bescheiden und zuversichtlich. Christen sind dazu da, daß aus Gottes Territorium die Hoffnung nicht weicht.

## Beschluß über 'Einladung zum Gespräch'

*Die Synode der EKD hat auf ihrer Tagung im November 1975 in Freiburg begonnen, das Thema „Kirchen zwischen Auftrag und Erwartungen“ zu bearbeiten. Dabei haben wir erfahren, daß die Behandlung dieser Sache uns nicht polarisiert und trennt. Darum bitten wir unsere Gemeinden, mit uns an diesem Thema weiterzuarbeiten. Angesichts der Vielschichtigkeit der theologischen, sozialen und rechtlichen Probleme der Kirche und ihrer Stellung in unserer Gesellschaft legt die Synode den Gemeinden folgende Erfahrungen und Einsichten zur Einleitung für ihre Arbeit vor:*

I. Wir glauben: In unserer Armut sind wir reicher, als wir wissen.

Wir vertrauen darauf, daß Gott kommt. In der Person Jesu Christi kommt Gott

- in unsere notleidende Welt
- in unsere zerstrittene Kirche
- zu jedem einzelnen Menschen.

Das ist unser Reichtum.

II. Wir freuen uns über diesen Reichtum und feiern miteinander unsere Gemeinschaft mit dem kommenden Gott.

Wir wissen aber, wie einsam mancher Christ in der Kirche sitzt und wie fremd vielen der Gottesdienst gewor-

den ist. Wir wollen lernen, wie Gottes Reichtum sich in unserer Armut durchsetzen kann.

Wir feiern Gottesdienst und bitten um die Gelassenheit des Glaubens, die stark macht zum Bestehen des Lebens und zu engagiertem Handeln.

Wir rufen zu Gott, er möge uns den Sinn zeigen, den er unserem Leben gab. Dazu ermutigt uns Jesus Christus, der für uns am Kreuz gestorben ist. Nun brauchen wir Schreie und Seufzer gequälter und sich quälender Menschen nicht zu verdrängen, sondern können sie mit unserer eigenen Klage vor Gott bringen.

III. Weil Gott kommt, hören wir nicht auf, über ihn nachzudenken.

Wir wissen, daß wir immer wieder unzureichende Formeln gebrauchen, die Mißverständnisse und Streit hervorrufen. Wir bekennen uns zu demselben Jesus Christus, aber unsere Bekenntnisse sprechen wir oft gegeneinander. Das macht müde und traurig. Doch weil er kommt, suchen wir die Wahrheit in der Meinung des anderen und halten Konflikte aus.

IV. Gott kommt in die notleidende Welt. Deshalb engagieren wir uns im politischen Leben. Einige von uns gehen auch neue Wege und machen Erfahrungen, die zum Reichtum unserer Kirche gehören. Wir wissen, wie umstritten die politische Aufgabe im einzelnen oft ist. Der Glaube der Kirche und die Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung scheinen auseinanderzufallen, doch zu dem Reichtum, den Gott schenkt, gehört auch der Mut, bei der Suche nach politischen Lösungen Konflikte auszutragen.

V. Wir glauben: In unserer Armut sind wir reicher, als wir wissen. Deshalb vertrauen wir auf das Evangelium von Jesus Christus und verlassen uns auf seine Kraft, wenn wir es im Gottesdienst und im Alltag bezeugen. Wir wissen von unserer Unzulänglichkeit, aber wir trösten uns damit, daß Gott unseren Dienst will. Wir fragen alle, die von der Kirche etwas erwarten oder doch erwartet haben: Sagen wir damit zuviel? Oder zuwenig? Haben Sie Erfahrungen, die unsere Sätze bestätigen oder die dagegen stehen? Wie erklären Sie Schwierigkeiten im kirchlichen Leben? Welche Aufgaben sehen Sie für die Kirche?

Die Synode bittet die Gemeinden, an dem Thema „Volkskirche“ mitzuarbeiten. Wir freuen uns über alle, die uns helfen, klarere Antworten zu finden. Darum laden wir die Gemeinden ein, uns ihre Erfahrungen und Überlegungen mitzuteilen.

## IN GLAUBE UND FREIHEIT VERPFLICHTET

Stuttgart

5.–7. März 1976

Liederhalle

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL; Dr. Walter Strauß. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, 53 Bonn, Oberer Lindweg 2, Ruf (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Unions-Betriebs-GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, 4 Düsseldorf, Erkrather Straße 206. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.